

Weltklimakonferenz - jetzt handeln!

Gastbeitrag BaZ, Dezember 2009

Wenn sich vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen 192 Staaten zu Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll treffen, werde ich mit einer Delegation der Grünen Schweiz vor Ort sein. Die Erwartungen und die Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluss sind riesig. Die globale Klimaerwärmung ist die grösste Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir steuern auf eine von der Natur gesetzte Grenze zu, deren Überschreitung unabsehbare Folgen für die menschliche Zivilisation haben wird. Zahlreiche Inselstaaten wie zum Beispiel die Malediven sind durch den Anstieg des Meeresspiegels in ihrer Existenz bedroht. Daher ist heute nicht mehr die Frage, ob wir etwas tun sollen, sondern nur noch, was wir zur Schadensbegrenzung sofort tun müssen.

Konkret fordern wir Grüne daher, dass sich die Schweiz in Kopenhagen für eine rechtlich verpflichtende Vereinbarung einsetzt, welche festlegt, dass die globale Klimaerwärmung höchstens 2 Grad mehr gegenüber vorindustriellen Temperaturen betragen darf und dies im eigenen Land mit dem vollen Ersatz der fossilen Energieträger bis 2050 umsetzt. Der Bundesrat soll dazu einen „zero carbon action plan“ für die Schweiz ausarbeiten.

Dabei muss globaler Klimaschutz als weltweite Klimagerechtigkeit verstanden werden. Das heisst, wir haben sowohl als reiches Land wie auch als Land, das einen der grössten Pro-Kopf-Verbrauch an CO₂ ausweist, eine grosse Verantwortung. Klimagerechtigkeit bedeutet zudem, das Verursacherprinzip anzuwenden. Die Industriestaaten tragen eine doppelte Verantwortung: Sie müssen den Grossteil der CO₂-Reduktion realisieren und mit massivem Finanz- und Technologietransfer die Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Reduktion und Adaptation unterstützen. Weiter fordern wir Grüne ein Engagement der Schweiz, das die Atomkraft definitiv aus dem Dispositiv zur Regulierung der Treibhausgas-Emissionen ausschliesst, und die internationale Luft- und Schifffahrt in die internationalen Reduktionsziele einbindet. Zudem muss die Abholzung der Urwälder gestoppt werden, um die Klimabilanz zu verbessern.

Doch Klimaschutz darf nicht nur an die Staatengemeinschaft delegiert werden. Er beginnt bei uns zuhause und setzt sich fort auf lokaler Ebene. Die Energieinitiative „Weg vom Öl“ der Grünen Baselland trifft dabei den Nerv der Zeit, wenn sie das Ziel formuliert, bis 2030 sollen mindestens 50 Prozent des gesamten Baselbieter Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen. Energien aus Biomasse, Geothermie, Sonne, Wasser und Wind vor Ort produzieren und in Energieeffizienz investieren, schafft Arbeitsplätze und schont das Klima. Unglaublich deshalb, dass der Baselbieter Regierungsrat vor diesem Hintergrund einen völlig unbrauchbaren Gegenvorschlag präsentiert. Gut, können die BaselbieterInnen bald selbst darüber entscheiden. Denn die Zeit drängt. Nur reden über den Klimaschutz reicht nicht mehr. Wir müssen jetzt handeln, ob in Kopenhagen, auf den Malediven oder im Baselbiet.